



**Yvonne Magwas**  
Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied der CDU/CSU-Fraktion

**Yvonne Magwas, MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (0 30) 22 7 – 7 56 37  
Fax: (0 30) 22 7 – 7 66 39  
Mail: [yvonne.magwas@bundestag.de](mailto:yvonne.magwas@bundestag.de)

*Mitglied im Ausschuss für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Mitglied im Ausschuss für Kultur und  
Medien  
stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss*

Berlin, 07. März 2014

### **Fonds Heimkinder Ost wird fortgeführt und aufgestockt**

*CDU-Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas weist auf Antragsfrist bis zum  
30. September 2014 hin*

Bund und ostdeutsche Länder haben sich auf eine finanzielle Aufstockung des Fonds „Heimkinder Ost“ bei gleichbleibenden Konditionen verständigt. Die CDU-Bundestagsfraktion hatte sich dafür eingesetzt, die Mittel für ehemalige Heimkinder, die staatliches Unrecht erleiden mussten, zu erhöhen. Die CDU-Bundestagsabgeordnete Yvonne Magwas betont: „Wir lassen die Heimkinder nicht im Stich. Wir sind es den Opfern der Heimunterbringung schuldig, uns um ihre Folgeschäden zu kümmern. Eine Aufstockung des Fonds ist wichtig, denn er hat bewirkt, dass Betroffene nach langen Jahren erstmals das Gefühl einer gesellschaftlichen Anerkennung und Beachtung ihres Leids erfahren. Dieses Vertrauen dürfen wir nicht verspielen“, so die junge Politikerin aus Auerbach.

Magwas weist darauf hin, dass ehemalige Heimkinder aus dem Vogtland, die Leistungen aus dem Fonds erhalten wollen, sich bis zum **30. September 2014** in der **Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen in der Funkenburgstraße 2 in 04105 Leipzig (Tel.: 0341/1266-240, E-Mail: [heimerziehung@ksv-sachsen.de](mailto:heimerziehung@ksv-sachsen.de))** melden sollen. Es gehe dabei nur um die fristgerechte Meldung bis zu diesem Termin und nicht um die komplette Bearbeitung. Bereit gestellt werden z.B. finanzielle Hilfen zur Überwindung von Folgeschäden (u. a. Traumatherapien, die nicht von der Krankenkasse finanziert werden) oder auch Einmalzahlungen von nicht geleisteten Sozialversicherungsbeiträgen.

Anspruch auf Leistungen haben alle, die in der DDR in einem Heim untergebracht und Folgeschäden davongetragen haben. Besonders gelitten haben Kinder und Jugendliche in sogenannten Spezialkinderheimen und Jugendwerkhöfen. Hier wurden sie oft auch missbraucht, misshandelt und als Arbeitskraft ausgebeutet.

**PRESSMITTEILUNG**

Bürgerbüro Auerbach ▪ Altmarkt 4, 08209 Auerbach

☎ (03744) 36498-28 ▪ 📠 (03744) 36498-29 ▪ ✉ [yvonne.magwas.ma06@bundestag.de](mailto:yvonne.magwas.ma06@bundestag.de)



## Yvonne Magwas

Mitglied des Deutschen Bundestages  
Mitglied der CDU/CSU-Fraktion

### Yvonne Magwas, MdB

Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: (0 30) 22 7 – 7 56 37  
Fax: (0 30) 22 7 – 7 66 39  
Mail: [yvonne.magwas@bundestag.de](mailto:yvonne.magwas@bundestag.de)

*Mitglied im Ausschuss für Umwelt,  
Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit  
Mitglied im Ausschuss für Kultur und  
Medien  
stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss*

Folgende Konditionen gelten für den Fonds:

- Die Finanzierung ist ab 2014 gesichert.
- Es bleibt bei den bisherigen Leistungskriterien und dem Leistungsumfang.
- Betroffene können weiterhin bis zu 10.000 Euro an Leistungen für Folgeschäden des Heimaufenthalts geltend machen.
- Weiterhin werden die bisherigen Rentenersatzleistungen gewährt.
- Es bleibt auch dabei, dass sich Bund und Länder jeweils zur Hälfte die Kosten teilen.

### Hintergrund:

Der vom Bundestag beschlossene Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“ unterstützt seit eineinhalb Jahren Menschen, die als Kinder und Jugendliche in Heimen der DDR massives Unrecht und großes Leid erfahren haben, bei der Bewältigung der Folgen des damals Erlebten. Etwa 3.300 Betroffenen wurden materielle Hilfeleistungen und Rentenersatzleistungen zur Minderung von Folgeschäden zur Verfügung gestellt. Im vergangenen Jahr hat sich die Inanspruchnahme des Fonds in einem Tempo und Ausmaß entwickelt, so dass die ursprünglich eingeplanten 40 Mio. Euro voraussichtlich bereits zum Ende des laufenden Quartals vollständig gebunden sind. Es ist von einem notwendigen zusätzlichen Finanzbedarf von insgesamt voraussichtlich bis zu 200 Mio. Euro auszugehen. Neben den 10.000 Menschen auf der Warteliste ist damit zu rechnen, dass sich weitere Betroffene melden und Beratung sowie Unterstützung aus dem Fonds beantragen werden.

Für Rückfragen: Yvonne Magwas MdB, 01739453310

**PRESSEMITTEILUNG**